

Pressespiegel



Bruchsal

BNN Bruchsal	<input type="radio"/>	Pforzheimer Zeitung	<input type="radio"/>
BNN Bretten	<input type="radio"/>	Mühlacker Tageblatt	<input type="radio"/>
BNN Kreisseite	<input type="radio"/>	Handelsblatt	<input type="radio"/>
Brettener Woche	<input type="radio"/>	IHK	<input type="radio"/>
Kurier	<input type="radio"/>	Wochenblatt	<input type="radio"/>
www.ka-news.de	<input checked="" type="radio"/>	Pforzheimer Rundschau	<input type="radio"/>
www.bruchsal-net.de	<input type="radio"/>	www.Landfunke.de	<input type="radio"/>
www.bruchsal.org.de	<input type="radio"/>	Amtsblatt Stadt Bruchsal	<input type="radio"/>
Bruchsaler Woche	<input type="radio"/>	www.bak-bretten.de	<input type="radio"/>
Meine Stadt Bruchsal	<input type="radio"/>		

05.08.2012 05:33

Nein zum Betreuungsgeld: IG Metall-Frauen gegen Gesetzentwurf

Bruchsal/Bretten (ps/feb) - Die IG Metall-Frauen in Bruchsal-Bretten halten den Gesetzentwurf von Bundesfamilienministerin Kristian Schröder zum Betreuungsgeld für absolut unzureichend. Ein Betreuungsgeld, so wie es die herrschende Koalition vorsehe, kaschiere nur, dass es weiterhin fehlende Betreuungsplätze gebe. Dies sei das größte Hindernis für Eltern nach der Geburt ihrer Kinder im Beruf den Anschluss zu halten, teilt die IG Metall Bruchsal-Bretten in einer Pressemeldung mit.



Foto: Patrick Pleul/Archiv

Foto:

"Investitionen in Kindertagesstätten und Krippen, mehr Plätze in öffentlichen Betreuungseinrichtungen aber auch mehr Qualität in der Betreuung sind die wichtigsten Voraussetzungen", so Ute Leupold, Vorsitzende des Frauenausschusses der IG Metall Bruchsal-Bretten.

IG Metall Bruchsal-Bretten: Alleinerziehende benachteiligt

Unabhängig vom sozialen Status oder der Herkunft ihrer Eltern müsse jedem Kind die bestmögliche Bildungschance offen stehen, dies gilt nach Aussagen der IG Metall insbesondere für die frühkindliche Betreuung. Deswegen fordert der IG Metall Frauenausschuss einen zwingenden Kindertagesstättenausbau. Das Vorhaben von Frau Schröder stoße auch in der Gesellschaft auf eine breite Ablehnungsfront, die von Gewerkschaften über Arbeitgeber, kirchliche Organisationen und Sozialverbände bis hin zu den Landfrauen reiche.